

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Direktion: Nachrichten Dresden
Hauptredaktion: Nr. 20011
Schriftleitung: Hauptredaktion
Dresden - E. L. Wartenberg 27/48

Bezugspreis bei täglich zweimaliger Lieferung monatlich 3.30 RM. (einschließlich 10 Pfg. für Postgebühren), durch Vorzahlung 3.20 RM. einschließlich 10 Pfg. Postgebühren (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg. Anzeigenpreise: Die einseitige 20 mm breite Zeile 25 Pfg., für 40 Zeilen, die 90 mm breite Zeile 300 Pfg., darüber 200 Pfg. ab. Anzeigenpreis lt. Tarif. Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 15 Pfg., darüber 25 Pfg. Offertenpreise 20 Pfg. Unbefristete Beiträge gegen Vorabzahlung.

Dred. u. Verlag: Siegel & Reichelt,
Dresden, Postfach-Nr. 1068 Dresden
Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe
(Dresden, Nachr.) zulässig. Unverlangte
Schlupfäden werden nicht aufbewahrt

Vorarbeiten für Lausanne

Keine großen Hoffnungen in England

London, 20. Mai. Vertinax meldet im „Daily Telegraph“, daß Tardieu trotz seines früheren Entschlusses, bis zur Regierungsbildung nur laufende Angelegenheiten zu erledigen, diplomatische Vesprednungen zur Vorbereitung der Lausanner Konferenz führe. Er verleihe eine Annäherung zwischen der französischen und der englischen Auffassung über die Tribute herbeizuführen. Man glaube, daß die amerikanische Regierung, die nach wie vor eine Erörterung der europäischen Schuldfrage ablehne, eine französisch-englische Verständigung vor der Konferenz günstig ansehen würde.

Die Aussichten der Lausanner Konferenz werden, wie der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ schreibt, im Hinblick auf die politische Entwicklung in Frankreich und in Deutschland von der englischen Diplomatie nicht sehr hoffnungsvoll beurteilt.

England und Italien begünstigen die endgültige Lösung der Tributfrage

Die französische Kabinettsbildung könne jedoch nicht vor dem 10. Juni durchgeführt sein. Ein wohlwollendes Entgegenkommen Frankreichs könne nur von einer Regierung erwartet werden, die sich aus Radikalen und Sozialisten zusammensetze. Wenn Herriot jedoch auf eine Arbeitsgemeinschaft mit der Mitte hinarbeite, so werde die Reparationspolitik dieselbe bleiben, wie unter Tardieu. Das ausgeprochene Rad nach rechts in Deutschland mache es gegen die Bildung nennenswerter, einer Verlängerung des Rotoratoriums und einer späteren Wiederannahme der Lausanner selbst in geringerer Höhe auszukommen. In London sei man sich darüber klar,

daß die Fortsetzung oder spätere Wiederannahme der Tributzahlungen eine Vereinfachung der Kriegsschuldenfrage verhindern würde.

Die weiteren Zweifel an dem Erfolg der Konferenz ergäben sich daraus, daß Washington möglicherweise nicht bereit sein werde, den dritten Abschnitt der Konferenz zu beschließen, sondern eine besondere Währungskonferenz vorzuschlagen. In London fühle man jedoch, daß die Fragen der Währung und des Goldstandards weder gründlich noch nutzbringend erörtert werden könnten, wenn sie nicht mit

den Tributen und Kriegsschulden in Verbindung gebracht würden.

Die angebliche Auffassung in V33-Kreisen

Paris, 20. Mai. Die halbamtliche französische Nachrichtenagentur Davas äußert sich in einer Waller Meldung über die Auffassung, die in Kreisen der V33 angeblich über die Lösungsmöglichkeiten auf der kommenden Lausanner Konferenz besteht:

1. Ein Rotoratorium sämtlicher politischer Schulden, das heißt Reparationen und interalliierten Schulden, entgegen den mutmaßlichen deutschen Forderungen werde man auf einem Rotoratorium und nicht auf der Annulierung bestehen.

um für die Zukunft eine Neuregelung vorzubehalten und gleichzeitig die Vorschläge des Basler Sachverständigen-Ausschusses zu berücksichtigen.

2. Ein Teil der amerikanischen Einwände könnte gerecht und gleichzeitig eine Atmosphäre des Vertrauens geschaffen werden, wenn die an der Lausanner Konferenz beteiligten Mächte von sich aus und ohne das Ende der Abwicklungsphase abzuwarten, beschließen würden, freiwillig ihre Rüstungsausgaben einzuschränken.

3. Um eine Besserung der wirtschaftlichen Lage in Europa durchzuführen und insbesondere die Donau-Staaten vor dem Zusammenbruch zu retten, solle versucht werden, den französischen Vorschlag für den wirtschaftlichen Zusammenschluß der Donau-Staaten wieder anzuhaken.

Der Plan solle besonders durch eine Reihe von Vorzugsrechten erweitert werden, aus denen Frankreich, Polen, Deutschland und Italien Nutzen zögen. Auf diese Weise greife man gleichzeitig den alten britischen Gedanken wieder auf, der letztendlich zur Bildung des Europa-Ausschusses geführt habe. Diese gemeinsamen Bemühungen einer wirtschaftlichen und politischen Solidarität sollen schließlich noch auf dem Gebiet der Finanzen durch den Zusammenschluß aller derartigen Inhaber von Anleiheaktien ergänzt werden, deren Rückzahlung besonderen Schwierigkeiten begegne. Es sei nicht schwer, diesen Inhabern der Anleiheaktien zu verstehen zu geben, daß sie die Wahl hätten, ihre Anleiheaktien ratenweise einzutreiben, oder aber ganz auf sie zu verzichten.

Die Zollunion eine Notwendigkeit

Oesterreichs Lebensfrage im englischen Licht

London, 20. Mai. In einem Leitartikel spricht sich „Daily Express“ für eine deutsch-oesterreichische Zollunion und gegen die Gewährung weiterer finanzieller Unterstühtungen für Oesterreich aus. Oesterreich könne nicht mehr lange als unabhängiger Staat weiterbestehen. Es müße zwischen Berlin und Paris wählen. Die oesterreichische Sprache, seine Lage und der gesunde Volkssinn weisen den Weg nach Paris. Oesterreich müße sich selbst entscheiden. Eine weitere Gewährung von Krediten englischerseits würde einen schweren Schlag für die englischen Interessen bedeuten, da die Anleihen den Zusammenbruch Oesterreichs nur hinauszuverschieben würden.

Kreditbesprechungen in Genf

Genf, 20. Mai. Die Vertreter der vier Mächte, die die erste oesterreichische Völkerverbundanleihe garantiert haben, nämlich die Vertreter Großbritanniens, Frankreichs, Italiens und der Tschechoslowakei, trafen heute vormittag zu einer Sitzung zusammen, an der auch der Präsident der Nationalbank, Kienböck, teilnahm. Präsident Kienböck gab eine eingehende Schilderung der Finanzlage Oesterreichs im Zusammenhang mit der Note, die die oesterreichische Regierung am 9. Mai an den Völkerverbund gerichtet hat.

Winderheitsregierung in Oesterreich?

Wien, 20. Mai. Die nächste Berichterstattung Dr. Dollfuß' beim Bundespräsidenten hat, wie verlautet, das Ergebnis gehabt, daß die Einbestellung des Deimatschloß in die neue Regierung aufgegeben worden ist. Die Verhandlungen, die heute begannen, betreffen daher wieder die Bildung einer Winderheitsregierung der Christlich-Sozialen und des Landbundes.

Deutschland besteht auf gleicher Sicherheit

Genf, 20. Mai. Im Landrätungskonferenz der Abrüstungskonferenz nahm heute Gesandter Freiherr von Weizsäcker in Erwiderung des französischen Delegierten Kuberz die Gelegenheit wahr, um erneut mit Nachdruck zu betonen, daß Deutschland auf gleicher

Sicherheit in der Landesverteidigung besteht. Der deutsche Delegierte erklärte, es sei Aufgabe der Abrüstungskonferenz, durch wirksame Abrüstungsmaßnahmen einen Zustand gleicher Sicherheit für alle herbeizuführen. Im übrigen meinte Freiherr von Weizsäcker, er nehme den vom französischen Vertreter in die Debatte geworfenen Gedanken von der Relativität des Begriffs der Abrüstung und Verteidigungsmassnahmen auf und schlage vor, ihn in der zu beschließenden Resolution in folgender Form zum Ausdruck zu bringen:

„Je kleiner auf der einen Seite die Kaliber der für die Landesverteidigung bestimmten Kanonen sind, um so niedriger müssen auf der anderen Seite die Kaliber der Kanonen festgesetzt werden, die einen ausgeprägten Angriffscharakter haben.“

Der VDA in Danzig

Vaterländische Selbsthilfe in Ostpreußen

Danzig, 20. Mai. Im Anschluß an die Freuefundgebungen des Vereins für das Deutschtum im Ausland in Elbing, Marienburg und Königsberg begaben sich Tausende von Erwachsenen und Jugendlichen nach Danzig. Im Mittelpunkt der Festlichkeiten stand eine große vaterländische Weisheitsrede am Strand von Deubude. Etwa 10 000 Personen, darunter 5000 Kinder aus Danzig, waren versammelt.

Der Vizepräsident des Senats, Dr. Wierckhoff-Kaiser, und Minister a. D. Dr. Wehler blieben Anwesenden. Dr. Wehler sagte, die deutsche Zukunft habe sich jetzt im Osten entschieden. Die Deutschen mühten zusammenhalten und der Welt zum Ausdruck bringen, daß deutsches Land und deutsches Volk kein Handelsgut, kein Spiel der Diplomaten seien. Niemals dürfe der Gedanke aufkommen, daß es sich hier um einen verlorenen Posten handele. Wenn feindliche Hand an Danzig rührt werden sollte, so würde ganz Deutschland aufstehen wie ein Mann.

Bier Hitlerleute niedergeschossen

Hamburg, 19. Mai. Am Donnerstagabend gegen 23 Uhr wurden mehrere Angehörige der NSDAP, nach Schluß einer Versammlung im Herrengraben von etwa 70 Kommunisten überfallen. Dabei gaben die Kommunisten mehrere Schüsse ab, durch die vier Nationalsozialisten verletzt wurden. Die Polizei hat etwa 60 Verhaftungen vorgenommen.

Berliner Blätter zu Hitlers Richtlinien

Berlin, 20. Mai. Zu den Richtlinien Hitlers für die Preußenfraktion nehmen einige Berliner Blätter Stellung. Die „Germania“ entnimmt den Richtlinien, daß die nationalsozialistische Bewegung offenbar nicht gewillt sei in irgendeiner Koalition einzutreten. Wenn die NSDAP eine Koalition nicht eingehen wolle, dann werde sie allein die Verantwortung für diese Schlussfolgerung, die sie aus der Wahl des 24. April ziehe, zu tragen haben. Das Zentrum könne getrost weiter abwarten. Die „TAZ“ hebt hervor, daß die Richtlinien keineswegs als koalitionsfreundlich anzusprechen seien. Es bestehe durchaus die Möglichkeit, daß statt langwieriger und komplizierter Verhandlungen eine neue Auffassung des Landtages eritrebt werde. Die „Hörnerzeitung“ hält es für hinreichend klar, daß die NSDAP in keine preussische Koalition einzutreten bereit sei, die etwa auf der Grundlage der Brüning-Politik gebildet bzw. die auf die Unterstützung oder Tolerierung der gegenwärtigen Reichsregierung verpflichtet werden sollte. Ob darüber hinaus in den Ausführungen Hitlers eine Abklage an jede Koalition mit dem Zentrum überhaupt zu erkennen sei, lasse sich im Augenblick mangels eines offiziellen nationalsozialistischen Kommentars noch nicht ganz übersehen. Nach Auffassung des „Volksanzeigers“ seien die Erklärungen Hitlers bereits, daß man bei den Nationalsozialisten sehr schwierige Verhandlungen erwarte und mit der Möglichkeit des Scheiterns der Verhandlungen rechne. Der „Hörnerkurier“ stellt fest, daß Hitler keine Brücke abgebrochen, sondern alle Möglichkeiten offengelassen habe.

Groener und das SA-Verbot

Berlin, 20. Mai. In Pressemeldungen sind in den letzten Tagen schwere Angriffe gegen Reichsminister Groener im Zusammenhang mit dem SA-Verbot erhoben worden. So wurde behauptet, der Minister habe dem Reichspräsidenten das Verbot vorgeschlagen. Als der Reichspräsident darüber verlangt habe, zunächst die Meinung des Reichspräsidenten darüber festzustellen, soll Reichsminister Groener dem Reichspräsidenten mitgeteilt haben, daß der Reichspräsident von sich aus das Verbot wünsche. Erst dadurch sei die einstimmige Meinung des Kabinetts zustande gekommen. Von zuständiger Stelle wird diese Darstellung als völlig falsch und erfunden bezeichnet.

Zusammenschluß der dänischen Nazis

Kopenhagen, 20. Mai. Die Führer der nationalsozialistischen Organisationen in Dänemark, der frühere Reichsminister Lemboke und der Kandidat Paadens, haben ihre Hände zusammengeschlossen zu „Dänemarks nationalsozialistische Arbeiterpartei“. Einer der Programmpunkte ist u. a. die Unterstützung der bäuerlichen F. S.-Bewegung (früher Randersbewegung).

Bischoff Feisal in Berlin

Berlin, 20. Mai. Heute mittag traf vom Haag kommend, der zweite Sohn des Königs vom Hedschas und Reichs Bischoff Feisal, mit Gelolge im Flugzeug am Tempelhofer Flughafen ein. In seinem Empfang hatte sich im Auftrag des Herrn Reichspräsidenten Ministerialrat Baron von Hanningen-Olene eingefunden. Ferner waren der Chef des Protokolls, Gesandter Graf Tattenbach, und andere Herren des Auswärtigen Amtes sowie als Vertreter der preussischen Staatsregierung Staatssekretär Weidmann erschienen.

Der Bischoff wurde im Kraftwagen zum Hotel Adlon geleitet, wo er als Gast der Reichsregierung für die Dauer seines vermutlich bis Montag währenden Aufenthalts Wohnung nimmt.

Löbe lehnt die Reichstagsfeinberufung ab

Berlin, 20. Mai. Die von der deutschnationalen Reichstagsfraktion für den 24. Mai beantragte Einberufung des Reichstages ist, obwohl sie von den Nationalsozialisten und den Kommunisten unterstützt wurde, vom Reichstagspräsidenten Löbe wiederum abgelehnt worden. Der Reichstagspräsident bleibt bei der Auffassung, daß Art. 24 der Reichsverfassung nicht angewendet werden kann, weil die Session des Reichstages nicht geschlossen, sondern der Reichstag nur vertagt worden ist.

Nationalsozialisten und Deutschnationale beabsichtigen nunmehr, den Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich anzurufen. Ein solches Urteil wird aber kaum noch vor dem 6. Juni, dem Tage, an dem der Reichstag voraussichtlich zusammentritt, ergehen.

Benhien Nachfolger Kahl

Berlin, 20. Mai. Als Nachfolger des verstorbenen Reichstagsabgeordneten D. Dr. Kahl wird als nächster Bewerber auf der Reichsliste der Deutschen Volkspartei Senator a. D. Benhien in den Reichstag einzeln. Benhien ist Vertreter mittelhändischer Interessen. Von 1919 bis 1923 war er Senator der Stadt Hannover. 1920 wurde er zum ersten Male für die Deutsche Volkspartei in den Reichstag gewählt, dem er bis 1930 angehörte.

Kurze Sitzung im Klaref-Prozess

Berlin, 20. Mai. Im Klaref-Prozess fand am Freitag aus prozedurtechnischen Gründen eine Sitzung von nur 15 Minuten Dauer statt. Staatsanwaltschaftsrat Dr. Weichenberg setzte sein Plädoyer fort. Auch am Sonnabend wird nur eine kurze Sitzung stattfinden, da Willy Klaref nur beschränkt verhandlungsfähig ist.

Zeitungsausschnitt mit verschiedenen Anzeigen und Texten, darunter: 'Komödie', 'Theater', 'Kreditbesprechungen in Genf', 'Winderheitsregierung in Oesterreich?', 'Deutschland besteht auf gleicher Sicherheit', 'Der VDA in Danzig', 'Bier Hitlerleute niedergeschossen', 'Kurze Sitzung im Klaref-Prozess'.